

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2010

Nr. 6 · 6. Jahrgang

Links diskutiert

3 | Start in Programmdebatte – und es geht weiter

Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz

7–9 | Gartenstadt Drewitz, Lärmschutz an der Nutheschnellstraße, Bauen im Kirchsteigfeld

Sport

11 | Turbine Potsdam – Saison der Superlative

Parteitag in Rostock: Sozial geht nur mit uns.

DIE LINKE mit neuer Führung/Wahlen und Aktionsprogramm



Im Mittelpunkt des Parteitages standen der Personalwechsel an der Spitze und die Wahlen zu Parteivorstand, Bundesschiedskommission und Bundesfinanzrevisionskommission.

Gesine Löttsch und Klaus Ernst sind zu den neuen Vorsitzenden der LINKEN gewählt worden. Die 1. Tagung des 2. Bundesparteitages wählte sie in Rostock mit großer Mehrheit. Der Parteitag beschloss zudem

ein Aktionsprogramm zur weiteren Parteientwicklung und friedenspolitische Forderungen der Partei. Darin bekräftigt DIE LINKE ihre Forderung nach einem sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan.

Lothar Bisky und Oskar Lafontaine hielten ihre letzten Reden als Parteivorsitzende und wurden anschließend würdig zusammen mit Ulrike Zerhau, Diet-

mar Bartsch und Karl Holluba aus ihren Ämtern verabschiedet.

Gregor Gysi berichtete von der Linksfraktion im Bundestag und Sabine Wils von der Linksfraktion im Europäischen Parlament. Ein Grußwort von Anna Filini, Vorstandsmitglied der griechischen Partnerpartei Synaspismos, fand große Beachtung.

Ehrgast des Parteitages war Ernesto Cardenal, der in seiner bewegenden Rede über die Ge-

meinsamkeiten von Christentum und Marxismus sprach.

Der Parteitag fasste sechs politische Beschlüsse und einen zur Satzungsänderung.

Am Freitag vor dem Parteitag fand ein sehr gut besuchtes Frauenplenum statt, das zwei Resolutionen beschloss.

Die Reden vom Parteitag werden nach und nach alle auf dem Youtube-Kanal der LINKEN eingestellt.

porta überreichte Spendenscheck

Zehn Prozent eines Tagesumsatzes für Sozial-Therapeutisches Institut Berlin-Brandenburg (STIBB) e.V.

Die Spendenaktion des porta-Hauses in Potsdam am 7. Mai ist zu einem großen Erfolg geworden und hat einen Betrag von 7.856 Euro ergeben. Einen Scheck in entsprechender Höhe überreicht porta-Geschäftsleiter Jens Buskies an die Organisation STIBB e.V.. Buskies unterstrich, dass zehn Prozent des Tagesumsatzes vom 07.05. der Grundstock für die Spende waren. „Hinzu kamen Erlöse aus verschiedenen Aktionen, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert hatten. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken“, sagte der Geschäftsleiter von porta in Potsdam.



„Im Rahmen unseres langjährigen sozialen Engagements kam es für uns bei der jetzigen Spendenaktion besonders darauf an, denen zu helfen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind“, sagte Buskies.

Wichtige Koalitionsversprechen mit dem Haushalt gesichert

Vor wenigen Tagen hat der Landtag Brandenburg den Haushaltsplan für das Jahr 2010 mit einem Volumen von 10,5 Milliarden Euro verabschiedet. Obwohl sich die weltweite Wirtschaftskrise auch auf die Steuereinnahmen des Landes erheblich auswirkt, will die rot-rote Landesregierung dennoch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schwerpunkte absichern, die eine verantwortungsbewusste und sozial gerechte Politik charakterisieren. Dazu gehören insbesondere die Festschreibung der Schüler-Lehrer-Relation auf 15,4 zu 1, die Anhebung des Kita-Betreuungsschlüssels mit zusätzlichen Zuweisungen von 12 Millionen Euro an die Kommunen sowie der Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor. Gegen die zunehmende Überalterung der öffentlich Beschäftigten sind 2010 erstmals 155 Stellen für Nachwuchsstellen ausgebracht. Gleichzeitig wurden 5 Millionen Euro für die Umschulung und Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals vorgesehen. Für 2011 sind schwierige Auseinandersetzungen zu erwarten, da die vom Bund beschlossene Schuldenbremse auch in Brandenburg deutlich zu spüren sein wird.

Ortsverband Potsdam-West neu

Am 26. Mai 2010 fand in Potsdam-West eine Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE statt.

Der Wissenschaftler und Bundestagsmitarbeiter Wolfram Adolphi referierte über den Rostocker Parteitag vom 15./16. Mai. Der Basisvorsitzende Bernhard Heimann sprach über die Aufgaben des Ortsverbandes.

Anschließend wurde ein SprecherInnenrat gewählt, der die künftige Arbeit organisieren soll.

Auf ein Wort...



Lernen, die Welt ansehen, Familie...

Wünsche nicht nur zum Kindertag/Von Stefanie (13)

Ich denke oft über die Zukunft nach. Entweder mache ich meinen Realschulabschluss oder, wenn ich weiterhin gut in der Schule bin, Abitur. Was ich mir später nämlich total gut vorstellen kann, ist, Autorin oder Journalistin zu werden. Und dafür muss man studieren.

Wenn ich mit der Schule fertig bin, werde ich aber erst mal ein Jahr nur herumfahren und zwischendurch jobben, damit ich noch Geld verdiene. Work&Travel! Bevor ich irgendwo länger bleibe, will ich einfach die Welt sehen und andere Leute und Länder kennenlernen. Das finde ich richtig toll! Und es könnte ja sein, dass ich später nicht mehr die Zeit dazu habe.

Aber vielleicht schauspielere ich auch, wenn ich erwachsen bin und genug Talent habe. Dann möchte ich vielleicht in Amerika oder Kanada wohnen und einen tollen Mann haben, zwei Kinder und Freunde in der Nähe. Das wäre klasse!

Auf jeden Fall will ich aber immer ein gutes Verhältnis zu meinen Eltern behalten. Die Eltern sind wichtig, das wird

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

sich nie ändern – auch wenn ich Dinge wie Beruf oder Familie in ein paar Jahren vielleicht ganz anders sehe als heute.

Mal wieder Land sehen ...

16. Brandenburger Landpartie am 12. und 13. Juni 2010

Die Brandenburger Landpartie, das ist eine ganz besondere Einladung ins Märkische. Seit sechzehn Jahren öffnen alljährlich im Juni jene ihre Stalltüren, die den Städtern den Hof machen wollen. Am 12. und 13. Juni erwartet das ländliche Brandenburg auch 2010 Gäste aus den großen Städten der Region und von nebenan. Jeweils mehr als 100 000 Besucher waren in den Vorjahren am Landpartie-Wochenende auf Entdeckungstour zwischen Lenzen in der Prignitz und Proschim in der Niederlausitz. Landpartie, das ist die schönste Möglichkeit, Brandenburg zu entdecken, zu erleben und zu genießen. Ställe und Gärten, Höfe und Fischereibetriebe bieten Interessierten einen Blick hinter die Kulissen des Landlebens. Weit über 200 Betriebe, von der Agrargenossenschaft bis zum Urlaubsbauernhof, sind in diesem Jahr auf Gäste aus Nah und Fern eingestellt.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Zusammenwachsen auf Augenhöhe

Einige Überlegungen zur neuen Fusionsdebatte Berlin-Brandenburg

„Lassen Sie uns unser kleines Land, unsere Selbstverwaltung. ... Wir wollen nur nach unserer Fassung leben. ...“ Was so klingt wie ein Aufruf gegen eine Fusion zwischen Berlin und Brandenburg, das sind die flehenden Worte des badischen Ministerpräsidenten Wohleb aus dem Jahre 1951. Sie richteten sich gegen die Vereinigung der drei Südwest-Staaten zu einem Bundesland. Das trotz zahlreicher Widerstände 1952 gegründete Baden-Württemberg gehört seit Jahrzehnten zu den politisch einflussreichsten und wirtschaftlich stärksten Ländern Deutschlands, und die Leute leben weiterhin nach ihrer Fassung.

Am 5. Mai 1996 hatten die Brandenburger und Berliner die Wahl zwischen Fusion oder Kooperation. Die damaligen Regierungsparteien, viele soziale Verbände und Medien waren sich einig: Die Fusion muss kommen. Dagegen stieß das technokratische Projekt bei großen Teilen der Bevölkerung auf Skepsis und sogar Ablehnung, speziell bei

den Brandenburgern. Die Länderfusion ist nicht gekommen und man hat sich mittlerweile an die Situation gewöhnt. Gewiss, man ist sich näher gekommen, in vielen Bereichen sind die Grenzen verschwunden. 14 Jahre nach dem Volksentscheid wird erneut – wenn auch vorerst nur von einer kleinen Gruppe und dies auch sehr zaghaft – wieder über dieses Thema debattiert.

Klar ist, die alten Ängste sind noch vorhanden, vor allem in Brandenburg. Die neu angestoßene Debatte über ein gemeinsames „Land Brandenburg“ bringt sie wieder zum Vorschein. Sei es die Angst vor dem „Moloch Berlin“ oder die Furcht vor Stellenabbau und längeren Wegen zugunsten einer vermeintlich schlanken Verwaltung. Seien es die Schulden von Berlin oder die Angst vor der Aufgabe der „Brandenburgischen Identität“. Politik muss diese Vorbehalte und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen und ihnen Rechnung tragen. Zugleich geht es jetzt um ein ge-

meinsames politisches Projekt, und ein rot-rotes noch dazu. Ein (vereinigtes) rotes Brandenburg wäre in dieser Republik ein gewichtiger wirtschaftlicher und noch mehr politischer Faktor, ja vielleicht Motor. Das ist eine Chance und die sollte die hiesige rot-rote Regierung nicht mit dem Verweis auf 1996 vertun. Offene Fragen gibt es zur Genüge: Ziehen alle politischen Kräfte an einem Strang? Gelingt es, auf die berechtigten Bedenken in der Bevölkerung, besonders in Brandenburg, politisch tragfähige Antworten zu finden?

Dabei ist (nicht nur) für DIE LINKE die Entwicklung der sozialen Strukturen, der Arbeits- und Ausbildungsplätze, der Bildung, Forschung und natürlich der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Region ein zentraler Teil der Diskussion. Eine Debatte muss Wege aufzeigen, wie nicht nur Investoreninteressen berücksichtigt werden, sondern z.B. auch den Wünschen der abhängig Beschäftigten nach guter Arbeit, guter Bezahlung, Arbeitsplätzen mit Zukunftsperspektive politisch Rechnung getragen wird. Chancen in diese Richtung bietet gemeinsames Vorgehen gegen Niedrig- und Dumpinglohn und ein abgestimmtes Vergabegesetz, mit dem Mindeststandards bei Aufträgen der öffentlichen Hand geregelt werden.

Eine angestrebte Fusion kann also nur erfolgreich sein, wenn sie nicht wieder technokratisch (von oben herab) dirigiert wird. Impulse für das Zusammenwachsen „von unten“ könnten z.B. durch eine Diskussion über eine gemeinsame Landesverfas-

sung entstehen. Dabei könnte über die gemeinsamen Ziele und Werte von Brandenburgern und Berlinern debattiert werden. Dies zielt nicht auf Morgen oder Übermorgen, ein solches Projekt benötigt sicher Jahre. Eins ist dabei klar: Ein gemeinsames Land in Gestalt einer „Metropolregion“ Berlin mit brandenburgischen „Rändern“ wird es mit der LINKEN nicht geben. Ein Zusammenwachsen muss Brandenburgs regionale Vielfalt berücksichtigen. In ein gemeinsames Land bringt die Hauptstadt und Metropole Berlin ihre spezifischen Stärken ebenso ein wie die Brandenburger Regionen ihre vielfältigen Potenziale. Die Kräfte beider Länder könnten sich so im Interesse der gesamten Region wechselseitig verstärken. Ein Fehler wäre es, jetzt schon über einen Fusionsversuch zu reden. Ein Zeitlimit wäre für eine Debatte von unten hinderlich, wenn nicht sogar kontraproduktiv. Ein breiter Dialog als Voraussetzung für einen Prozess, in dem beide Länder als eine Region agieren und an dessen Ende die Fusion zwischen Berlin und Brandenburg stehen könnte, sollte von den politischen Verantwortlichen angestoßen werden. Es liegt jetzt an der Politik, das sicherlich langfristige Projekt eines rot-roten Berlin-Brandenburg couragiert in die Hand zu nehmen. DIE LINKE, die heute in beiden Ländern mitregiert, hätte bei diesem Neustart eine besondere Verantwortung, der sie sich gewiss auch stellen wird.

Sascha Krämer
DIE LINKE Kreisverband
Potsdam



Rausgeworfenes Geld

Vor kurzem musste ich der lokalen Presse entnehmen, dass die Verkehrsbetriebe Potsdam planen, die modernen und benutzerfreundlichen Combino-Straßenbahnen durch „noch modernere“ zu ersetzen. Die Kosten belaufen sich auf 2,5 Mio Euro pro Straßenbahn. Es wird mit Gesamtkosten für die VIP und die Stadt Potsdam in Höhe von insgesamt bis zu 40 Mio Euro in den nächsten Jahren gerechnet. Es ist ein Hohn für die Bevöl-

kerung von Potsdam und an Impertinenz nicht zu überbieten, dass für dieses Projekt Geld hinausgeworfen wird und gleichzeitig kein Geld vorhanden ist für ein kostenloses Schulesen von bedürftigen Kindern. Das zeigt, wessen Geistes Kind die Stadtverwaltung Potsdam mit ihrem OBM Jakobs an der Spitze ist. Ihm sind die sozial Schwachen der Stadt egal. DIE LINKE Potsdam wird sich diesem Irrsinn entgegenstellen! S.K.

Tage der Demokratie vom 25. bis 27. Juni in Potsdam

Um junge Leute zum Sich-Einmischen zu animieren und der verbreiteten Politikverdrossenheit aktives Handeln entgegenzusetzen, lädt die Brandenburgische Sportjugend des Landesportbundes Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren nach Potsdam ein. Junge Leute aus verschiedenen Bundesländern, aber auch aus dem Nachbarland Polen sollen zwischen Sport und persönlichen Begegnungen in einem Jugendcamp „Demokratie zum Anfassen“ erleben. Eingeladen sind sie in Ministerien, den Landtag, in Landeseinrichtungen und zu Vereinen. Mit von der Partie ist auch die

Verbraucherschutzministerin Anita Tack, die gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Brandenburg zeigen will, wo sich Einsatz auch für die eigenen Rechte lohnt – ob es um Datenschutz, Internetabzocke oder Analogkäse auf der Pizza geht. Und natürlich wird mit interaktiven Ständen veranschaulicht, dass es immer wichtiger wird, sich vor Marktentscheidungen gut zu informieren. Das gilt natürlich für jedes Lebensalter und ist zum Beispiel im Internet kostenlos möglich: unter www.vzb.de oder für Jugendliche unter www.checked4you.de

Der Anfang ist gemacht – und es geht weiter!

Gedanken nach dem Start der Programmdebatte am 12. Mai in Potsdam-West

„Je stärker die eigene Identität und Programmatik ausgeprägt ist, umso selbstbewusster lässt sich auch über mögliche alternative Regierungsprojekte reden. Auf Knien lässt sich der Neoliberalismus zwar bejammern, bekämpfen dagegen nicht“, so Erhard Crome von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wofür steht die LINKE und wie stellt sie sich gegenwärtige sowie zukünftige Gesellschaft vor? Fragen, die seit Gründung an eine Partei gestellt wurden, die erst im Parteienspektrum Fuß fassen muss, bevor sie sich den Strapazen einer Programmdebatte widmen wollte. Das Erste ist geschafft – der breiten Debatte um ein Programm, das wir im Herbst 2011 beschließen wollen, widmen wir uns jetzt.

Anfang Mai diskutierten wir zum ersten Mal öffentlich. Die Anwesenden begrüßten den vorliegenden Programmentwurf. „Es ist erst einmal gut, dass er da ist, nun können wir am Entwurf arbeiten“, so eine Diskutant. Tagesaktuelle Probleme und Programmfragen zu trennen wird schwierig. Begriffe müssen konkretisiert, Fragen zugespitzt und konkrete Antworten gegeben werden. Einigen werden im Entwurf zu viele Fragen gestellt und zu wenige Antworten gegeben. Das Programm macht uns für die Menschen erkennbar

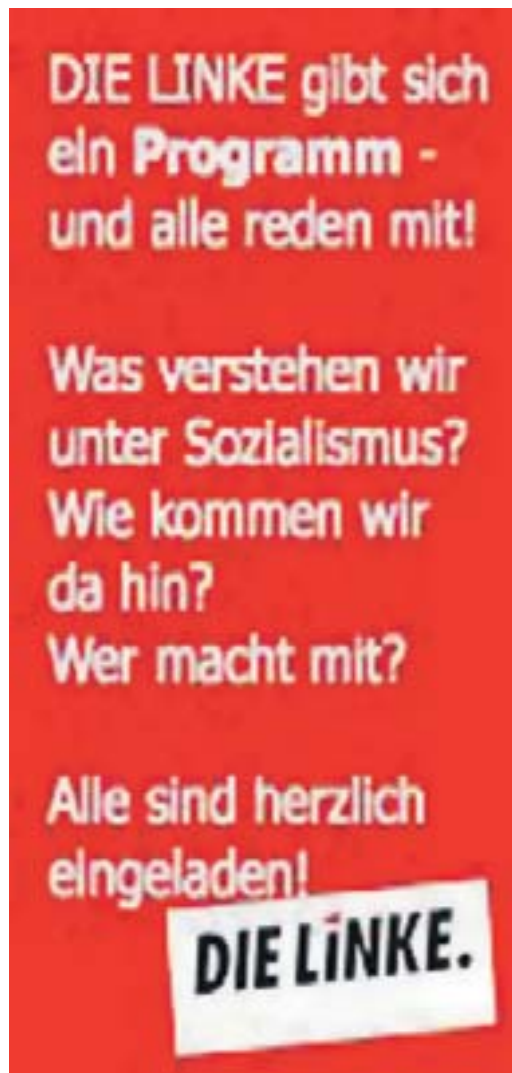
und greifbar, dafür brauchen wir das Programm. „Ich hatte große

Sorge, dass die deutsche LINKE einen ähnlichen Weg einschlägt, wie die in Italien, Spanien oder Frankreich. Nun liegt der Entwurf vor – noch nicht das Endprodukt, und es ist ein deutlich linker“, so Wolfgang Gehrcke, MdB und Bundesvorstandsmitglied. Es dient zur internen Verständigung, aber auch zur Rückkopplung mit gesellschaftlichen Akteuren. „Die Debatte darf keine geschlossene Veranstaltung sein“, mahnt ein Teilnehmer an. Sie ist nicht Selbstzweck und nicht Selbstbeschäftigung – wir sollten sie als Chance begreifen, um gemeinsam

mit gesellschaftlichen Akteuren zu diskutieren. „Ich höre lieber den Menschen zu, um von ihnen zu erfahren, wie sie sich eine Gesellschaft in 20 bis 30 Jahren vorstellen“, so die frisch gewählte stellvertretende Bundesvorsitzende Halina Wawzyniak. „Für mich liest sich der Entwurf noch zu stark wie ein Wahlprogramm.“ Dem stimmen viele zu. „Zu konkret – es wirft keine Vision auf“, vernahm ich im Saal. Dem widersprach Gehrcke energisch: „Das Programm wirft eine Vision auf in einer Zeit, in der alle anderen sagen, es gibt keine Alternativen.“ „Die Debatte verlief kontroverser als gedacht“, so ein junger Mann. Vieles im Programm wird nur angeschnitten, es muss nun inhaltlich unterfüttert werden“, fuhr er fort.

Der Anfang ist gemacht ... und es geht weiter. Entscheidend ist, wie offen wir diskutieren. Wir müssen auf unseren Programmentwurf neugierig machen. Wichtig ist, dass über den Entwurf eine breite und sachliche Diskussion geführt wird, die den Entwurf weiterentwickelt. Im Programm heißt es: „DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung.“ Die Debatte ist eröffnet: Nächste Termine: siehe Marginalie dieser Seite.

Kurt C.



Die LINKE gibt sich ein Programm

Montag, 07.06.2010, 18.30 Uhr

Bürgertreff Waldstadt, Saarmunderstraße 44, Potsdam-Waldstadt (Straßenbahnhaltestelle Friedrich-Wolf-Straße)

„Die Gretchenfrage – Regieren, Tolerieren oder Opponieren?“ Diskussion mit: Kerstin Kaiser und Norbert Müller zur Frage: Unter welchen Bedingungen kann sich eine linke Partei an einer Regierung auf Landes- bzw. Bundesebene beteiligen?

Mittwoch, 23.06.2010, 18.30 Uhr

Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37-39, Potsdam, Am Stern

„Der Traum ist aus? – Was vom Sozialismus übrig bleibt“ Diskussion mit Stefan Liebich und Christine Buchholz über die Geschichte vom Staatssozialismus und die Zukunft eines Demokratischen Sozialismus

Dienstag, 29.06.2010, 18.30 Uhr

Kulturhaus Babelsberg, Karl-Liebnecht-Straße 135, Potsdam

„Eigentum verpflichtet – Zwischen Uferweg und städtischem Klinikum“ Diskussion mit dem Wirtschaftsminister Ralf Christoffers und Hans-Jürgen Scharfenberg zu den Themen Re-Kommunalisierung, Verstaatlichung und Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften

Für menschenfreundliche Urbanität

Zum stadtentwicklungspolitischen Diskurs/ Von Steffen Pfrogner

Am 21. Mai 2010 meldete die Berliner Zeitung die Nominierung der Landtagsabgeordneten Marie Luise von Halem als Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl am 19. September für Bündnis90/DieGrünen. Den Angaben ihrer Bewerbungsrede zufolge, wolle sie sich für einen konsequenten Klimaschutz, eine behutsame Stadtentwicklung und eine familienfreundliche Stadt einsetzen. Na, wenn das nicht eine anspruchsvolle Herausforderung an DIE LINKE in Kreisverband und Stadtfraktion ist. Dem stellen wir uns, nicht abwehrend, sondern mit Initiative!

Um unsere Mitbürger in Potsdam von unseren Ideen begeistern zu können, sollten wir kritisch bisherige Sichten hinterfragen. Den von mir in der April-Ausgabe der PAS eingeleiteten stadtentwicklungspolitischen Diskurs will ich heute mit eigenen Vorstellungen zur in der

Überarbeitung befindlichen Potsdamer Stellplatzsatzung abschließen. Dabei bin ich mir bewusst, dass diese provozierend wirken. Die nicht nur innerparteilich eröffnete Programmdebatte, das jüngst von Katja Kipping und Thomas Lohmeier in der „Solidarischen Moderne“ gehaltene „Plädoyer für einen Red-Green-Deal als Crossover-Projekt der postneoliberalen Linken“, aber auch die vor kurzem auf einer Kreisverbandsveranstaltung von unserer stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden Halina Wawzyniak mit erfrischender Klarheit eingeforderte Formulierung bürgerschaftlicher Visionen im Internetzeitalter sind für diesen Meinungsbildungsprozess Grundlage.

Die Stellplatzsatzung sollte nur regulierend, nicht bevormundend wirken. Vor allem sollte ihr der Gedanke des gemeinschaftlichen Wohls vor dem der Individualität deutlich zu ent-

nehmen sein. Regelungen brauchen wir nur dort, wo die zur Verfügung stehenden städtischen (privaten und/oder öffentlichen) Räume begrenzt sind und einen Kampf um Vorherrschaften auslösen. Das soll heißen: In Gebieten mit einer geringen städtebaulichen Dichte brauchen wir keine Regelungen. Wozu auch, das soll jeder für sich entscheiden dürfen. Jedoch dort, wo die Dichte zunimmt, wo Nutzungen in Flächenkonkurrenz treten, sollte reguliert werden, letztendlich zugunsten einer menschenfreundlicheren Urbanität. Diese Konkurrenzen müssen entzerrt werden durch klare Regelungen, die auch vermeintlich unantastbare Rechte beschränken oder sogar zurückweisen, ohne dabei alternative Angebote zu vernachlässigen.

Ein attraktives Netz eines öffentlichen Personenverkehrs haben wir in Potsdam. Und etwas zu verbessern und zu entwickeln

gibt es immer. Eine nicht nur auf Interessenbekundung zurückzuführende Fahrradfahrerinnen und -fahrer freundliche Kommunalpolitik ist im Begriff, sich auch in Potsdam wirksam zu entfalten. Eine Parkraumbewirtschaftung gilt es progressiv auszuweiten.

Eine bewusst die Vorteile des Stadtlebens suchende Bewohnerschaft in unserer manchmal eher bieder und rückwärts gewandten Stadtgesellschaft erobert sich unser Potsdam, das schon bald die 150.000er Einwohnermarke übersteigen wird. Wir sollten den Mut haben, die Überregulierungen über Bord zu werfen, wir sollten die Ehrlichkeit besitzen, unsere lieb gewonnenen Bequemlichkeiten kritisch zu hinterfragen.

Wir sollten die Beantwortung der Fragen unsere Zeit nicht im Heute und Gestern suchen und uns dabei von anderen überholen lassen.

Edle Worte – im Schlachtenrauch verflogen

Juni 1740

Der 1., 2. und 3. Juni 1740 waren für die Geschichte Preußens und damit Potsdams von außerordentlicher Bedeutung.

Friedrich Wilhelm I. war am 31. Mai 1740 im Potsdamer Stadtschloss verstorben. Sein Sohn und Nachfolger Friedrich II. übernahm die Regierungsgeschäfte, ohne lange zu zögern. Bereits am 1. Juni 1740 hielt der neue preußische König seine erste Ansprache – doch nicht vor seinen Ministern, sondern vor der Generalität und unterstrich: „Tragen Sie [...] unablässig Sorge um die Schönheit und Tüchtigkeit meiner Truppen. Doch behalten Sie hierbei stets zwei Dinge im Auge: das eine, dass ich sie noch lieber gut als schön sehen möchte, und das zweite, sie sollen mein Land beschützen, nicht es verderben [...] Und nun noch eins, meine Herren, seien Sie dessen stets eingedenk: Es ist die Pflicht eines guten Soldaten, ebensowohl menschlich und auch vernünftig zu sein als unerschrocken und brav.“

Große Worte, die auf den ersten Blick noch nicht ahnen lassen, in welche militärischen

Abenteuer sich der neue Monarch zu stürzen gedenkt. Noch ist Europa der Auffassung, dass mit Friedrich II. ein König auf den preußischen Thron gelangt ist, der den aufgeklärten Gedanken seiner Zeit nahesteht und den Frieden als oberstes Gesetz anerkennen wird.

Ganz so klingen auch die Worte, die Friedrich II. am 2. Juni 1740 seinen Ministern zuruft: „Sie haben bisher einen Unterschied gemacht zwischen den Interessen des Königs und denen des Landes [...] Ich tadle Sie darum nicht; denn ich weiß, dass der verstorbene König seine Gründe hatte, es zuzulassen; aber ich habe andere Grundsätze darüber. Ich glaube, dass das Interesse des Landes auch mein eigenes ist und dass ich kein Interesse haben kann, das dem des Landes entgegensteht. Darum machen Sie diesen Unterschied nicht mehr und lassen Sie sich ein für allemal gesagt sein: Ich sehe mein Interesse nur in dem, was zur Erleichterung des Loses meines Volkes und zu seinem Glück beitragen kann.“ Europa atmete auf. Von dem

Landesvater war nichts zu fürchten. Nur dem Glück seines Volkes würde er leben, der junge König.

Die Krönung des bisher Gesagten erfolgte am 3. Juni 1740. Friedrich II. verfügte per Edict die Abschaffung der Folter!

„S. K. M. in Preußen usw. haben aus bewegenden Ursachen resolviret, in Dero Landen bei den Inquisitionen die Tortur gänzlich abzuschaffen, außer bei den criminelaesae maiestatis und Landesverrätherei, auch denen großen Mordtaten, wo viele Menschen ums Leben gebracht oder viele Delinquenten, deren

Connexion herauszubringen nötig, impliciret sind. Hingegen sollen in allen übrigen Fällen, wenn die Delinquenten die stärksten und sonnenklare Indicia und Beweise durch viele unverdächtige Zeugen und dergleichen wider sich haben und doch aus hartnäckiger Bosheit nicht gestehen wollen, dieselben nach denen Gesetzen bestraft werden.“

Kränze flechten wollte die Welt einem solchen König! Die Worte der vergangenen drei Tage ließen alles hoffen. Endlich ein aufgeklärter König auf einem europäischen Thron.

Dann aber kam der 16. Dezember 1740. Der erste Schlesische Krieg begann, dem der zweite folgte. Und als dieser geendet, stürzte Preußen nahezu alle europäischen Mächte in den Strudel des Siebenjährigen Krieges.

Die in den ersten drei Junitagen des Jahres 1740 geweckten Hoffnungen hatten sich nicht erfüllt. -rt



Mut zur Tat – Richard Kuckuck

Juni 1895

Er gehörte nicht zu denen, die nach dem 30. Januar 1933, dem Tag, an dem Hitler und damit der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht geschoben worden war, still die Faust in der Tasche ballten oder hinter vorgehaltener Hand einen politischen Witz flüsternten. Er blieb seinen Vorstellungen von einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft treu und versuchte, das Seine zu tun, dieses braune Regime zu bekämpfen.

Am 05. Juni 1895 im heutigen Bergholz-Rehbrücke als Sohn des Zimmermanns Gottfried Kuckuck und seiner Ehefrau Karoline in der Chausseestraße 70 (heute Arthur-Scheunert-Allee)

geboren, besuchte er bis 1910 die Dorfschule und erlernte im Anschluss den Beruf seines Vaters. Das muss ihm nicht leicht gefallen sein, denn der „englischen Krankheit“ (Rachitis) wegen war er nur 1,60 m groß und von eher schwächlicher Natur. Trotz dieses körperlichen Mangels musste Richard Kuckuck in den 1. Weltkrieg. Er überlebte und blieb vorerst als Pferdepfleger in einem Potsdamer Regiment. Später ging er auf Wanderschaft. Diese Zeit muss seine politische Überzeugung gefestigt haben, denn nach seiner Rückkehr in den Geburtsort (1925) und Einzug in das väterliche Haus wurde er aktiver Funktionär im Kommunistischen Jugend-

verband Deutschlands (KJVD) in Nowawes sowie in der KPD. In Bergholz-Rehbrücke wirkte er als rastloser Verfechter für eine gerechtere Gesellschaft. Auch nach 1933.

Während seiner Tätigkeit in der Babelsberger Rüstungsfirma Friesicke&Höpfner (Flugfunktechnik) kam er mit Deutschen sowie Zwangs- und Fremdarbeitern in Kontakt, die aktiven Widerstand leisteten – Druck von Argumentationsmaterial, Herstellung von falschen Pässen...

Trotz aller Vorsicht kam die Gestapo dahinter. Am 09. Mai 1944 schlug sie zu. Der Leidensweg auch für Richard Kuckuck begann. Am 21. November 1944 verurteilte ihn das Berliner Kam-

mergericht in Potsdam wegen „Beihilfe zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust. Nachgewiesen ist seine Verschleppung ins Arbeitslager Griebow (bei Parchim). Einen späteren Transport ins Konzentrationslager Buchenwald hat er offensichtlich nicht überlebt, denn hier verliert sich seine Spur.

1955, anlässlich seines 60. Geburtstages, wurde Richard Kuckuck in seinem Heimatort posthum für seinen mutigen Kampf gegen das Hitlerregime geehrt. Eine Straße trägt seither seinen Namen. 2009 wurde für ihn ein Stolperstein vor dem Haus, in dem er lebte, in das Pflaster gesenkt.

1955: Mütter für den Frieden

Juni 1955

Vom 07. – 10. Juli 1955 sollte der Weltmütterkongress in Paris stattfinden mit dem Ziel, die Mütter der Welt einzubeziehen in den Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens. Es war eine der vielen internationalen Aktionen jener Zeit, die das „Friedenslager“ stärken sollten. Ein Anliegen, dem sich auch die gesellschaftlichen Kräfte des Bezirkes Potsdam – in diesem Falle

namentlich der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) – verpflichtet fühlten. Und so fand am 30. Juni 1955 im Kulturhaus des Reichsbahnausbesserungswerks Potsdam das Bezirksmüttertreffen statt. 457 Mütter nahmen daran teil. Im Anschluss daran fand eine Demonstration in Potsdam statt, an der sich etwa 2.000 Mütter beteiligten, die Sommerblumen

zum Ausdruck ihres friedlichen Willens trugen.

In einer Grußadresse des Büros der Bezirksleitung Potsdam der SED an die Mütterkonferenz, unterzeichnet von Margarete Langner, 2. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED, heißt es u.a.: „Es gibt keine schönere Aufgabe einer Mutter, als in der großen Weltfriedensbewegung, der sieghaften Bewegung der Völker, für

das Gute und für das Schöne zu kämpfen, für das Leben einzustehen und den Kriegstreibern in den Arm zu fallen, die die Sicherheit der Völker durch Wettrüsten, durch Drohung mit der Atombombe, durch politischen Druck bedrohen und danach trachten, die Friedensliebe der Menschheit zu ersticken...“

Gemeinsames Handeln erfolgreich

Nach jahrelangem zähen Ringen um die Sanierung der Grundschule am Griebnitzsee (Foto) gibt es seit der Sitzung des Hauptausschusses der SVV vom 12. Mai 2010 endlich Klarheit: In den Sommerferien beginnt die Sanierung!

Zuvor hatten die Schulleitung und eine engagierte Elternschaft mehrfach ihr absolutes Unverständnis und ihre Enttäuschung über die unzureichende Kommunikation und fehlende Transparenz seitens des Fachbereiches Bildung und des KIS (Kommunaler Immobilienservice) ausgedrückt, zuletzt auf der Schulkonferenz und der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte DIE LINKE, die sich stets in kritischen Situationen für die Belange dieser Grundschule eingesetzt hat, dass

- ▶ die Grundschule am bisherigen Standort in kommunaler Trägerschaft bleibt,
- ▶ während der Sanierung des Gebäudes der Unterricht teilweise in Containern auf dem Schulgelände erteilt wird,
- ▶ über den Bauablauf und die exakte Zeitplanung regelmäßig informiert wird und
- ▶ Schulleitung, Schulkonferenz und kompetente Eltern umfassend in das Geschehen einbezogen werden.

Im Hauptausschuss wurde dieser Antrag „erledigt“ – d.h., mehrheitlich positiv befürwortet.

Wir freuen uns mit den Schülern, Lehrern und Eltern der Schule am Griebnitzsee über diesen Erfolg als Ergebnis zielgerichteten Handelns zwischen Schule, Verwaltung und Politik und werden die Umsetzung des Beschlusses auch weiterhin begleiten.

Hella Drohla,

Bildungspol. Sprecherin der Fraktion DIE LINKE der SVV Potsdam

Bürgerbegehren hat Quorum verfehlt

Am 30. April haben die Vertrauenspersonen für das Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ die Listen mit 14.500 Unterschriften übergeben (Foto). Gebraucht wurden die Unterschriften von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten der Stadt, also etwa 12.700. Im Ergebnis seiner Prüfung teilte der Kreiswahlleiter mit, dass etwa 3.500 der gesammelten Unterschriften ungültig waren. Dazu zählen etwa 1.100 Unterschriften, die nicht mit dem Datum der Unterzeichnung versehen waren sowie über eintausend Unterstützungen durch Menschen, die nicht in Potsdam wohnhaft sind. Des Weiteren haben mehr als 400 Personen mehrfach unterschrieben.

Die hohe Zahl der ungültigen Unterschriften ist für uns überraschend und bedauerlich. Damit ist das Bürgerbegehren leider nicht zustande gekommen.

Trotzdem war die enorme Kraftanstrengung nicht umsonst. Auch wenn die formalen Voraussetzungen nicht erreicht werden, sind die zahlreichen Unterschriften, davon immerhin 11.000 gültige, ein deutlicher Beleg dafür, dass der freie Uferweg im Interesse des Allgemeinwohls erforderlich



ist. Die vielen Gespräche im Zusammenhang mit der Sammlung der Unterschriften und die große Bereitschaft zur Unterstützung dieses Anliegens haben uns darin bestätigt, dass die Wiederherstellung des durchgängigen Uferweges am Griebnitzsee ein wichtiges Anliegen ist, das mit allen rechtlich zulässigen Möglichkeiten weiter verfolgt werden muss.

Wir werden uns auch weiterhin mit aller Konsequenz für die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung des freien Ufers am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See einsetzen.

Wir erwarten, dass die Verwaltung zügig und in hoher Qualität am Entwurf für den neuen B-Plan für den Griebnitzsee arbeitet und diesen nach der Sommerpause vorlegt. Zugleich sind alle Mittel und Möglichkeiten auszuschöpfen, um den von den Stadtverordneten beschlossenen Grundstückserwerb am Griebnitzsee durch die Stadt zu ermög-

lichen. Dabei können die vorliegenden Unterschriften eine wichtige Unterstützung sein. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Bundesregierung den Grundstücksverkauf mit dem Höchstgebotsverfahren ausschließlich an finanziellen Gesichtspunkten orientiert und Gesichtspunkte des Allgemeinwohls ignoriert.

Zugleich zeigt sich damit erneut, dass die Hürden für ein Bürgerbegehren unter den Bedingungen einer großen Stadt nur schwer zu überwinden sind. Deshalb sollte eine Staffelung des Quorums nach der Einwohnerzahl, wie von der Initiative „Mehr Demokratie“ vorgeschlagen, ernsthaft geprüft werden. DIE LINKE hat dieses Anliegen bereits 2008 im Zusammenhang mit der Novellierung der Kommunalverfassung vertreten, ohne dafür die erforderliche Mehrheit zu erhalten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Verfassungswidrige Schmierereien am Bürgerbüro DIE LINKE

Am Montag, 17. Mai 2010, meldete der Pressedienst des Polizeipräsidiums Potsdam, Schutzbereich Potsdam: „Unbekannte Täter beschmiereten am Wochenende das Bürgerbüro von Herrn Dr. Scharfenberg, MdL und Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, in der Galileistraße. ... Auf drei Schreiben des Büros waren mit roter Farbe drei Hakenkreuze (ca. 20 cm x 15 cm), eine SS-Rune und die Zahl „88“ geschmiert worden...



„Rathausreport live“ am 9. Mai vor Ort im Groß Glienicker Restaurant „Korfu“. Im Mittelpunkt selbstverständlich die Fragen rund um den „Freien Uferweg“. Rede und Antwort standen Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Peter Kaminski, Ortsvorsteher und SVV, sowie Dr. Sigrid Müller, SVV und Fraktionsgeschäftsführerin (alle DIE LINKE).

Wieder Träger für den Treffpunkt Freizeit gesucht

Der Treffpunkt Freizeit am Neuen Garten ist die größte Einrichtung der Stadt, in der Kinder, Jugendliche und Familien ihre Freizeit sinnvoll verbringen und gestalten können.

Er hat eine wechselvolle Geschichte: Viele Potsdamerinnen und Potsdamer erinnern sich noch heute gerne an die Zeit, die sie im Pionierhaus verbracht haben.

Seit 1990 heißt das Pionierhaus „Treffpunkt Freizeit“, blieb aber ein beliebter und angenommener Ort, an dem Kinder und Jugendliche die vielfältigen Angebote für ihre Freizeitgestaltung nutzen.

Im Jahr 2000 hatte die Stadtverwaltung die kühne Idee, den Treffpunkt Freizeit aufzugeben, die vielen Angebote dezentral an verschiedene andere Einrichtungen auszulagern. Dagegen regte sich heftigster Bürgerprotest, ein Bürgerbegehren für den Erhalt des Treffpunktes wurde unter maßgeblicher Mitwirkung der damaligen PDS initiiert.

Dem Druck der Bürgerschaft nachgebend, machten die Verwaltung und die Befürworter der Schließung auf dem Absatz kehrt.

Im Mai 2001 beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Erhalt des Treffpunktes als überregionale Einrich-

tung mit dem Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit, der generationsübergreifenden und stadtteilbezogenen Arbeit in freier Trägerschaft.

In Workshops mit ca. 45 Teilnehmern, an denen die verschiedenen Nutzergruppen, Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung, des Jugendhilfeausschusses, von Freien Trägern, Architekten u. a. teilnahmen, wurde erarbeitet, unter welchen Bedingungen die Angebote an diesem Standort verbleibend, weitergeführt werden können. Daraus entstand das Rahmenkonzept „Treffpunkt Freizeit“.

Eines der Hauptprobleme war die Finanzierung des hohen Finanzierungsbedarfs in Höhe von 11,4 Mio. DM, ohne Ausstattung und Gestaltung der Außenanlagen.

Unter dem Motto: Wo ein politischer Wille, da auch ein Verwaltungsweg, wurden sowohl diese Summe als auch die jährlichen 864.800 DM für die Betreibung zur Verfügung gestellt. Die Sanierung erfolgte von Dezember 2002 bis 2006 bei laufendem Betrieb.

Die Suche nach einem Träger fiel zu Gunsten der Malteser Werke aus, die den Treffpunkt seit Juni 2002 betreiben.

Im Dezember 2009 zog der Jugendhilfeausschuss Konsequenzen aus den ewi-

gen Querelen zwischen den Maltesern einerseits und der Leitung und den Eltern des Kindertheaters „Buntspecht“ andererseits. Das Kindertheater arbeitet seit dem 1. Januar 2010 in der Trägerschaft des Bürgerhauses am Schlaatz GmbH erfolgreich weiter, probt und tritt aber nach wie vor an seiner alten Wirkungsstätte auf.

So weit, so gut! Mit diesem Wechsel gingen auch die 65 T Euro/Jahr, die speziell für die Arbeit des Kindertheaters im Budget der Malteser enthalten waren, an den neuen Träger.

Das war wohl der Auslöser dafür, dass die Malteser ihre Trägerschaft aufkündigten.

Nun steht dem Treffpunkt Freizeit zum 01. Januar 2011 erneut ein Trägerwechsel bevor. Bis zum 4. Juni 2010 können sich Interessenten bewerben.

Diese Tatsache an sich ist kein Grund zur Beunruhigung. Wären da nicht die zum Teil abenteuerlichen Vorstellungen einiger Vertreter von Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und Vereine, wie man den Treffpunkt auch anderweitig nutzen könnte.

Das reicht vom Ersatzstandort für die Eisenhart-Schule während deren Sanierung (FDP), über die Etablierung einer

Kinderoper bis hin zur Einrichtung einer privaten Schule.

Dagegen stehen viele Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die den Treffpunkt Freizeit als Einrichtung für die Kinder- und Jugendarbeit festschreiben, in der überregionale und stadtteilbezogene Arbeit zu leisten ist.

Seit 2007 ist er ein Mehrgenerationenhaus, was ihn nun endgültig auch zu einem Familienzentrum und Generationstreffpunkt wachsen ließ.

All das ist in den Kriterien für die aktuelle Ausschreibung des Treffpunktes enthalten und von der Stadtverordnetenversammlung im April beschlossen.

Der Jugendhilfeausschuss besteht als der zuständige Fachausschuss auch in diesem Kontext auf die Ausrichtung der Arbeit des Treffpunktes Freizeit auf die o. g. Schwerpunkte. Das bedeutet aber nicht, wie von einigen behauptet, dass neue Aspekte und Formen der Arbeit unmöglich gemacht werden. Im Gegenteil: Jede Idee, jede Initiative ist willkommen, um die Anziehungskraft der Einrichtung weiter zu stärken und noch mehr „Leben“ in das Haus zu holen.

Dr. Sigrid Müller
Jugendpolitische Sprecherin
der Fraktion



Gartenstadt oder „Wie der Bock zum Gärtner wurde“

Am 6. Mai fand in der Priesterwegschule der erste Informationsabend der Stadtverwaltung für das Konzept der Gartenstadt Drewitz statt. Die Veranstaltung begann schon mit der Unterschätzung des Interesses, das die Drewitzer diesem Projekt entgegenbringen. So war die gewählte Örtlichkeit für die ca. 300 erschienenen Bürger viel zu klein und viele mussten den Ausführungen auf dem Flur stehend zuhören. Man wollte, so hatte es den Eindruck, den Bürgern etwas verkaufen, was diese gar nicht haben wollen, und rang stark nach Argumenten, um positiv zu umschreiben, warum sich die Situation vieler Drewitzer verschlechtern soll, um dieses Projekt durchzusetzen. So gab

es aus den Reihen der Bürger viele berechtigte Einwände und auch Vorschläge, die jedoch alle durch die Projektanten nicht ernsthaft angenommen wurden. So wird die Konrad-Wolf-Allee (KWA) als zu laut diagnostiziert, jedoch Emissionsmessungen, die diese Aussage stützen könnten, gab es bisher nicht einmal. So sollen die Bürger, die im Kernbereich der Gartenstadt wohnen, ihre Fahrzeuge in den Randbezirken auf Flächen parken, welche in weiteren Bauphasen neuen Wohnbauten zum Opfer fallen. Die seitens der Projektanten angeführte Parkplatzverfügbarkeit entspricht nicht wirklich dem Parkraum, der zur Verfügung steht, und schon gar nicht deren Auslastung. Dies entrüs-

tete viele Anwohner, auch der damit verbundene Mobilitätsverlust und Verlust der Wohnqualität gerade für berufstätige, aktive Familien konnte oder wollte von dem Konzeptteam nicht verstanden werden. Man rechtfertigt die Sperrung der KWA mit Schlagworten, welche nie wirklich milieubezogen, also in Drewitz mit Drewitzer Bürgern, ermittelt wurden.

Es wurde lediglich versucht den Bürgern eine Idee überzustülpen, welche aus Sicht vieler Drewitzer nicht für Drewitz geeignet ist. Dass in Drewitz etwas passieren soll und kann, darüber sind sich alle einig. Aber eben über das „WAS“ herrscht Unstimmigkeit. Eine Änderung des Verkehrsflusses gehört nicht zu

den gewollten Optionen der Bürger. Mehr Grün und Flüsterasphalt befürworteten die Bürger gerne. Einige Ideen aus den Reihen der Bürger waren: Bestehende Anlagen besser pflegen und mehr Bäume pflanzen, die KWA mit Flüsterasphalt versehen, höhere Bepflanzung, um den Lärm noch mehr zu verringern, Durchfahrt für LKW und Durchgangsverkehr sperren, Zone-30-Beschilderung, Straßenbahn und Fahrbahn der KWA in ein Bett legen.

In 14 Tagen soll es zu einem neuen Informationsabend kommen, in einer größeren Lokalität, damit dann hoffentlich alle interessierten Drewitzer Platz finden werden.

KMW



Ein Verkehrskonzept für Drewitz – von den Bürgern abgelehnt

Papier ist geduldig, doch nur so lange, wie es auf dem Schreibtisch liegt. Am 5. Mai wurde das Verkehrskonzept für Drewitz erstmals den Bewohner vorgestellt.

Im Zuge der Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee in einen Park ist eine Verlagerung der Verkehrsflüsse in die angrenzenden Nebenstraßen erforderlich. Zahlreiche Stellplätze müssen

weichen, die Verbreiterung von Straßen für den Busverkehr ist angedacht. Nicht mit uns, so die zahlreich erschienenen Anwohner. Fast geschlossen wurde das vorgestellte Konzept von Ihnen abgelehnt. Ihre Geduld hielt nicht lange an. Laute Zwischenrufe, „Ihr macht ja doch, was ihr wollt, warum werden wir erst jetzt gefragt?“, schafften ein schweres Klima für eine sach-

liche Diskussionen, die dringend fortgeführt werden muss.

Leider wurde der Vorschlag einer Befragung aller Bewohner des Stadtteiles nicht aufgegriffen. Im Projektraum in der sogenannten Rolle können Bürger ihre Anregungen nunmehr abgeben, wenigstens dieser Vorschlag fand Gehör bei der anwesenden Verwaltung. Ein Verkehrstisch mit interessierten

Bürgern wird eingerichtet, in dem Diskussion möglich ist. All dies hätte bereits stattfinden können, so mein Fazit des Abends. Wieder einmal wurde Beteiligung zu spät gewollt. In zwei Wochen soll es eine erneute Versammlung geben, dann, so der Vorschlag, in der barrierefrei zu erreichenden Turnhalle des Schiller-Gymnasiums.

Jana Schulze

Bürgerbeteiligung sieht anders aus – Gartenstadt Drewitz

Mit dem Projekt der Gartenstadt Drewitz ist ein interessantes und anspruchsvolles Vorhaben in die öffentliche Diskussion gebracht worden. Die Gefahr besteht jedoch darin, dass die Gartenstadt eine Kopfgeburt bleibt.

Es gab von vornherein massive Bedenken und Vorbehalte, die vor allem mit der Befürchtung erheblicher Mietsteigerungen, einer Verschlechterung der Parkplatzsituation und weiteren Einschränkungen verbunden waren.

Das bisherige Vorgehen des Oberbürgermeisters und der Verwaltung war eher geeignet, diese Bedenken zu verstärken. Von einer wirksamen Bürgerbeteili-

gung kann man bisher nicht reden.

Der Oberbürgermeister begab sich persönlich vor Ort, aber nicht zum Gespräch mit den Bürgern, sondern zum Gespräch mit der Presse. Dabei verkündete Herr Jakobs nur Gutes, das allerdings sehr allgemein.

Eine erste Untersetzung erfolgte dann in einer Veranstaltung, in der die bisherigen Überlegungen zum Verkehrskonzept vorgetragen wurden. Dazu war nur sehr sparsam eingeladen worden. Die Brisanz dieses Themas zeigte sich daran, dass trotzdem viele Drewitzer den Weg zu dieser Diskussion fanden und eine teilweise vernichtende Kritik

an den vorgestellten Plänen übten. Leider war bei dieser Gelegenheit der Oberbürgermeister nicht anwesend.

Bedenklich ist auch, dass die große Erwartungshaltung, die mit dem Vorhaben einer Stadteilschule in Drewitz verbunden war, einer zunehmenden Enttäuschung gewichen ist. Ursprünglich sollten mit einem Anbau an der Priesterwegschule die räumlichen Voraussetzungen für eine vielfältige öffentliche Nutzung der Stadteilschule geschaffen werden. Zwischenzeitlich sind diese Überlegungen stark eingedampft worden, so dass es jetzt nur noch um eine großzügigere Gestaltung des so-

genannten Verbinders geht. Der Grund für diese halbherzige Vorgehensweise liegt offensichtlich in den, trotz eines hohen Förderanteils, knappen finanziellen Mitteln. Daran ändert auch der beschränkte Wettbewerb nichts, an dessen Auswertung nicht einmal die Bürgerinitiative teilnehmen durfte.

DIE LINKE fordert ein transparentes Vorgehen und die Orientierung an den Lebensbedürfnissen der Drewitzer. Deshalb bringen wir in die Junisitzung der Stadtverordnetenversammlung den Antrag für eine Befragung der Bewohner von Drewitz ein.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Ein Jahrhundertprojekt?

Ringen um Lärmschutz an der Nutheschnellstraße/Von Anwohnern der Turmstraße

Seit vielen Jahren sind wir, die Bürger entlang der Nutheschnellstraße, im Bereich der Auf- und Abfahrt an der Neuendorfer Straße mit dem zunehmenden Autoverkehr (Ansiedlung von porta, Bau des BBI) und damit verbundenen Lärmbelastigungen konfrontiert. Unterschriftensammlungen, Schreiben an die Stadt und das Land, mehrere Anwohnerversammlungen vor Ort (bereits vor dem Jahr 2006) haben keine Bewegung in unserem Sinne nach Lärmschutz gebracht. Und das trotz eines bestätigten Lärmaktionsplanes. Immer wieder werden wir mit neuen, selbstverständlich nach unten korrigierten zulässigen

Dezibelwerten überrascht. Angeblich sollen Lärmschutzfenster in den Baugenehmigungen für Hausbesitzer gefördert worden sein. Bereits am 18. Juni 2008 wurden wir vom damaligen Fachbereich Ordnung und Sicherheit, Bereich Straßenverkehr, dahingehend informiert, dass die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang der Nutheschnellstraße derzeit durch den Landesbetrieb Straßenwesen geplant wird. Leider wurden wir über den aktuellen Stand der Planung bis heute nicht weiter informiert, bzw. liegen uns keine Erkenntnisse darüber vor, ob tatsächlich mit der Planung begonnen wurde.

In der letzten Veranstaltung, die nach zähem Ringen des Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, im Bürgerhaus „SternZeichen“ auf Einladung des Landesstraßenbetriebes stattgefunden hat, wurde wenigstens die Bereitschaft geäußert, gemeinsam mit der Stadt nach einer machbaren Lösung für den Lärmschutz an der Nutheschnellstraße zu suchen. Die Fraktion DIE LINKE hat daraufhin einen Antrag in die Maisitzung der Stadtverordne-

tenversammlung eingebracht, welcher am 20. Mai im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung diskutiert wurde. Wir, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Turmstraße nördlich und südlich der Nutheschnellstraße, hoffen sehr, dass im Jahr der Oberbürgermeisterwahl endlich auch unsere Sorgen und Nöte nicht mehr nur mit freundlichen Antwortschreiben von Seiten der Stadtverwaltung abgetan werden, sondern endlich konkrete Maßnahmen in Angriff genommen werden.

Leserbrief an die MAZ von Horst Hollmach vom 9.3.2010 – leider bisher unveröffentlicht

„Lärmschutz Nutheschnellstraße“

Eigentlich wollte ich nach der Preisgebung der Arbeitsweise unserer Stadtverwaltung u. a. auch zum oben genannten Thema eine Satire über die Bananenrepublik Potsdam schreiben. Da das Thema aber zu ernst ist, möchte ich mit dieser Veröffentlichung nochmals an die Verantwortlichen appellieren, mit dem Hickhack des Versprechens, der Verantwortungsab- und -zuschreibung, des Dahinhaltens und weiterer, den Betroffenen nicht helfender „Maßnahmen“, Schluss zu machen. Die aufgrund einer öffentlichen Aussprache (siehe MAZ vom 22.9.2009) gefertigte und von 67 betroffenen Bürgern unterschriebene Petition an den Oberbürgermeister wurde mit einem von ihm unterschriebenen Brief mit nichtssagenden Floskeln beantwortet. 67 Anwohner der Nutheschnell-

straße haben sich hilflos an ihren obersten Verwaltungschef gewandt und bekommen eine Antwort, wo sie sich über schalltechnische Maßnahmen etc. hinwenden können und wo man Auskunft über Finanzierungsfragen bekommen kann! Wörtlich dazu: „Wir werden aber diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls die Forderung nach Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen unterstützen.“ Die Wahrheit über eine derartige Behandlung von Wählern, Steuerzahlern usw. zu sagen, würde in die Nähe einer Beleidigungsklage kommen. Die derzeitige weitere Behandlung des Anliegens zeigt klar, dass mit der Antwort nicht gelogen wurde. Sie behandeln (die Vewaltung) unsere Probleme wirklich so nebensächlich und einwohnerfeindlich.



LINKE fordert Oberbürgermeister auf zu handeln

Wer unmittelbar an der verkehrsreichen Nutheschnellstraße wohnt, hat Pech, denn bevor er Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen hat, muss er es mit einer Immission von mindestens 73 Dezibel zu tun haben. Festgestellt werden aber nur etwa 70 Dezibel.

Würde es sich um eine neu zu bauende Straße handeln, reichten schon 65 Dezibel für den Anspruch auf eine Lärmschutzwand.

Es ist wenig überraschend, dass die Betroffenen kein Verständnis für diese Verwaltungslogik haben und mit Nachdruck auf eine Verbesserung ihrer Situation drängen.

Vor der Kommunalwahl 2008 schien eine Lösung in Sicht. Die SPD hatte das Problem aufgegriffen und den Eindruck erweckt, als ob es über den Lärmschutzplan der Stadt einen Fortschritt geben könnte. Aber weit gefehlt. Nach der Wahl stellte sich heraus, dass die Stadt sich überhaupt nicht in Verantwortung sah, da es sich hierbei um eine Landesstraße handelt.

Damit ließ sich DIE LINKE aber nicht abspesen. Nach mehreren Anfragen und Kontakten mit den Anwohnern setzte die Fraktion mit einem Antrag durch, dass der Oberbürgermeister Gespräche mit der Landesregierung führen soll und in einem Vor-

Ort-Termin mit Vertretern der Landesregierung und der Stadtverwaltung das direkte Gespräch mit den betroffenen Bürgern führen soll. Diese Vorgabe ist vom Oberbürgermeister und vom Baubeigeordneten mit der Begründung ignoriert worden, dass es nicht Sache der Stadt, sondern des Landes sei, das Problem des Lärmschutzes an der Nutheschnellstraße zu lösen.

In dieser Situation war es wieder DIE LINKE, die eine solche Veranstaltung mit Vertretern des Landesstraßenbetriebes und der Stadtverwaltung durchsetzte und organisierte. Im Ergebnis dieses Gesprächs mit Anwohnern der Schnellstraße wurde

die Bereitschaft des Landesstraßenbetriebes deutlich, gemeinsam mit der Stadt eine Lösung zu suchen. Mittlerweile liegen ein Vorschlag für den Bau von Lärmschutzwänden und eine Kostenschätzung vor.

Ein im Mai in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachter Antrag der LINKEN fordert den Oberbürgermeister auf, die Gesprächsbereitschaft des Landes aufzugreifen und nach Wegen für eine schrittweise Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen an der Nutheschnellstraße zu suchen. Der Antrag wird zur Zeit in den Ausschüssen beraten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Mangelhafte Informationen im Kirchsteigfeld



Seit September 2008 baut die NCC, die Tochter eines der größten skandinavischen Bau- und Immobilienkonzerne, 100 neue Reihen- und Doppelhäuser im letzten Bauabschnitt des Kirchsteigfeldes. Die ersten neuen Bewohner haben ihre Häuser bereits zu Weihnachten 2009 bezogen.

„Eine beeindruckend lange Liste von Ausstattungsmerkmalen kann das Projekt vorweisen – Fußbodenheizung im gesamten Haus, komplett tapeziert und gemalert, zwei PKW-Stellplätze, Fliesen und Teppichbeläge, geflieste Bäder, Holztreppe, bodentiefe Fenster im EG und teilweise in den OGs, Jalousien und, und, und – das wird beim Potsdamer Projekt noch einmal etwas länger. Die lichtdurchfluteten Häuser geben dem eigenen Zuhause noch mal eine ganz besondere Lebensqualität.“, so wird das Bauvorhaben auf der Internetseite des Bauträgers eindrucksvoll beschrieben. Staubkorn für Staubkorn können die

alteingesessenen Anwohner der angrenzenden Straßen den Baufortschritt miterleben. Leider haben die Bauherren nur eines vergessen: Diejenigen, die bereits heute dort zur Miete wohnen und die mit dem Bauvorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen Tag für Tag miterleben. Von Anwohnerbeschwerden haben wir zwar noch nichts vernommen, aber wäre es nicht schön, wenn die NCC Deutschland GmbH uns über den Verlauf informieren würde? Ein Zeichen, dass sie im Wohngebiet nicht nur bauen, sondern sich auch einbringen wollen, wie es „allod“ vorbildhaft all die vergangenen Jahre getan hat. Vorhersehbar sind die Einschränkungen im ruhenden Verkehr des Stadtteiles, wenn die Parkflächen überbaut bzw. laut Bebauungsplan mit Einfahrten der neuen Wohnhäuser versehen wurden. Bereits heute kurven zahlreiche Mieter nach Feierabend durch die Anwohnerstraßen und suchen einen Parkplatz. Leider hat die

Stadt in Gesprächen mit den beiden Verwaltungsgesellschaften hinsichtlich der Erarbeitung eines Parkkonzeptes nichts erreichen können. Ich verweise hier auf die Mitteilungsvorlage vom 27.11.2009, wo es heißt: „Die Erstellung eines Parkkonzeptes für das Kirchsteigfeld, mit dem die Stadtverwaltung durch den o.g. Beschluss beauftragt ist, kann aus folgenden Gründen nicht zielführend sein und sollte aufgegeben werden:

1. Der Stellplatznachweis für die Gebäude im Kirchsteigfeld wird entsprechend dem geltenden Bebauungsplan und der städtischen Stellplatzsatzung erfüllt.
2. Nach Auskunft der Conwert bestehen derzeit ca. 450 freie private Stellplätze unter den Wohngebäuden (Tiefgaragenstellplätze sowie Carports), die angemietet werden können. Die Auslastung der privaten Stellplätze liegt bei nur 50%. In der Vergangenheit hatte auch eine Reduktion des Mietpreises für die unüberdachten

Stellplätze nicht deren Auslastung wesentlich gesteigert, weil ein Wetterschutz fehlt und der Stellplatz von der Wohnung häufig nicht einsehbar ist.

3. Weder der Eigentümer der Gebäude, die Conwert Omega Invest GmbH, noch bei deren Verwaltungsgesellschaften Al-lod sowie Alt & Kelber sehen eine Problemlage bei der Stellplatzsituation. Beschwerden der Anwohner hierzu gingen bei den o.g. Unternehmen nicht ein.
4. Nach mehrfacher Inaugenscheinnahme zu verschiedenen Tageszeiten konnte festgestellt werden, dass auch im öffentlichen Raum ausreichend freie Parkplätze in fußläufiger Entfernung zu den Wohngebäuden vorhanden sind. Aus den o.g. Gründen wird das Erfordernis, ein Parkkonzept aufzustellen, aus der Stellplatzsituation im Kirchsteigfeld nicht gesehen.

Jana Schulze
Stadtverordnete im Kirchsteigfeld, Stern, Drewitz

Wie weiter mit der Humboldtbrücke?

Es tut sich zurzeit sehr wenig auf und im Umfeld der Humboldtbrücke. Die eine Seite ist fast fertig – bis auf die weitere Straßenbahnbindung in Richtung Rathaus Babelsberg. Aber in der Gegenrichtung? Still ruht der (Tiefe) See. Es liegt, wie fast immer, am Geld. Da der erste Bauabschnitt sehr viel teurer war als geplant, gab es längere Diskussionen, wer die Mehrkosten trägt und ob es eine weitere Landesförderung für die zweite Hälfte geben wird. Eine Spur musste schon aus Sicherheitsgründen gesperrt werden, und wenn nicht bald etwas geschieht, droht die Vollsperrung in Richtung Potsdamer Zentrum. Äußerungen des Baubeigeordneten Klipp, der meinte, der fertiggestellte Teil der Brücke würde

für beide Richtungen reichen, trugen nicht gerade zur Unterstützung der Verhandlungen mit dem Land bei. Für ihn würde der Abriss der anderen Seite die Lösung des Problems bringen. Die Kosten dafür wurden bisher nicht genannt. Als Reaktion auf dieses Szenarium gab es auf Antrag der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung am 5.5.2010 einen Beschluss, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, „die notwendigen und möglichen Schritte zu unternehmen um eine einseitige Sperrung der Humboldtbrücke auszuschließen“. Weiter heißt es im dem Beschluss: „Die Gespräche mit der Landesregierung sind mit der Sicherung der notwendigen Voraussetzungen seitens der Stadt zu verbinden.“



Damit wird gefordert, dass die Landesförderung nicht an einem eventuell fehlenden Eigenanteil der Stadt scheitern darf. Während der Sitzung versuchte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Nils Naber, noch einmal für eine engere Brücke zu werben, allerdings ohne Erfolg. Der Beschluss wurde mit großer Mehrheit gefasst.

Inzwischen scheint auch auf der Landesebene ein Umdenken eingesetzt zu haben. Immerhin

handelt es sich um eine Landesstraße. Verkehrsminister Vogel-sänger hat eine 75 %ige Förderung des zweiten Bauabschnitts zugesagt und gleichzeitig den zeitlichen Druck aufgemacht, dass diese Förderung nur bis 2013 zur Verfügung steht. Noch besteht also die Hoffnung auf ein gutes Ende für die Humboldtbrücke – wenn die Stadt, wie beschlossen, nun auch ihre Hausaufgaben erledigt.

-kug

Doppelte Opfer der Bücherverbrennung

Albert Hotopp gehört in die Potsdamer „Bibliothek der verbrannten Bücher“/Von Pete Heuer

Potsdam bekommt eine „Bibliothek der verbrannten Bücher“. Eine bemerkenswerte Initiative, für die es im bundesdeutschen Maßstab Vorreiter gibt. Erwähnt seien die Münchner Salzmanssammlung und die Initiative des Moses-Mendelssohn-Zentrums in Potsdam zur Wiederauflage von 120 Werken. Eine zugängliche Sammlung der Schriften jener Autoren, deren Bücher im Mai 1933 in vielen deutschen Städten verbrannt wurden, ist eine würdige und effektive Form, deren Schaffen in Erinnerung zu rufen. Erst brannte der Reichstag, dann brannten Bücher und schließlich die Öfen in den Konzentrationslagern, ganze Städte und Dörfer im zweiten Weltkrieg. Ein Thema, dessen Symbolik eines sensiblen Umgangs bedarf.

Es mag ein Lapsus sein, wenn eine Potsdamer Tageszeitung schreibt, „Opferbiografien kommunistisch Verfolgter sind nicht zu erwarten“. Autoren wie Isaak Babel oder Johannes R. Becher und anderer würden dann unberücksichtigt bleiben.



Gerne möchte ich auch ein Buch meines Urgroßvaters in die Regale dieser Bibliothek stellen. Sein Name war bereits 1933 auf der ersten Liste mit ca. 160 Autoren erfasst, deren Bücher von den Nazis verbrannt wurden. Bis 1938 waren es dann 565 Verfasser, deren Texte aus Buchhandlungen und Bibliotheken im faschisti-

schen Deutschland entfernt wurden.

Während sein Buch „Fischkutter HF 13“ sowohl in Ost und West nach dem Krieg erneut verlegt wurde – blieb das Schicksaal Albert Hotopps, wie das vieler anderer Opfer stalinistischer Repressionen – unbeachtet. Aus einfachen Verhältnissen stammend, hatte er sich zunächst der SPD, später der KPD angeschlossen. Wegen Hochverrats verurteilt, begann er im Gefängnis als Autodidakt mit dem Schreiben. Es verband ihn eine Freundschaft mit Willi Bredel.

Später wurde er Stadtverordneter der KPD im Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg. Nach dem Verbot der KPD soll er der letzte Finanzverantwortliche im Apparat der illegal arbeitenden Partei gewesen sein. Mit Unterstützung Herbert Wehners wurde die Flucht in die Sowjetunion organisiert. Dort arbeitete er zeitgleich am

Moskauer Institut für Fremdsprachen als Dekan wie der damalige Student Lew Kopelew.

Die stalinistischen „Säuberungen“ schufen in der Sowjetunion ein Klima der Angst und des Misstrauens. Informanten hatten Hochkonjunktur. Unter dem Druck von Verhören und Folter in den Kellern des Geheimdienstes bezichtigte man sich und andere sinnlosester Vorwürfe. Millionen Menschen wurden ermordet oder jahrzehntelang in Lagern unter

unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Auch mein Urgroßvater kam in die Moskauer Lubjanka und wurde 1942 erschossen. In den Aufzeichnungen von Herbert Wehner und Wolfgang Leonhard finden sich biografische Splitter des Lebens der Angehörigen. Erst 1955 durften sie die Orte der Verbannung verlassen – Spitzelei und Denunziantentum verachtend. Sie haben über ihr Schicksal nicht gesprochen, waren (und blieben!) Antifaschisten.

17. Brandenburger Seniorenwoche vom 11. bis 20. Juni 2010

„Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“

Auch in diesem Jahr laden der Seniorenbeirat in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam zu der 17. Brandenburger Seniorenwoche ein, die am 11.06.10 um 10:00 Uhr von Ministerin Anita Tack und dem Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs eröffnet wird.

Das detaillierte Programmheft erhalten Sie kostenlos im Seniorenbüro im Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, Zimmer: 108/109 - täglich 9:00 Uhr - 13:00 Uhr.

Sie werden hier Freunde finden

Senioren-AG der LINKEN besuchte das „KIBuZ“ in der Landeshauptstadt

»Besuch im KIBuZ“ – so stand es im Programm der Potsdamer Senioren-AG der Partei DIE LINKE. Nein, die Freunde und Besucher des Seniorentreffs reisten deshalb nicht nach Israel. Das wäre für manchen auch zu anstrengend gewesen. Der KIBuZ, den unsere Senioren besuchten, befindet sich in Potsdam, genauer gesagt, in der Berliner Straße 148. KIBuZ ist in diesem Fall die Abkürzung für Kultur-, Integrations- und Begegnungszentrum der jüdischen Gemeinde in Potsdam. Hier gedachten die Senioren, einiges über jüdisches Leben in Potsdam zu erfahren. Sie wurden auch nicht enttäuscht. Die Mitarbeiter der Begegnungsstätte haben eine sehr informative zeitgeschichtliche Dokumentation erarbeitet, die ansehnenswert ist. Um etwas vornweg zu nehmen: Diese Informationsausstellung hätte einen viel größeren Raum verdient. Auf Grund der Enge, besonders wenn – wie in unserem Fall – sich eine größere Besuchergruppe im Ausstellungsraum aufhält, ist alles sehr eng und die Übersichtlichkeit geht verloren. Die Mitarbeiter des KIBuZ (Foto) hoffen, dass mit dem Bau der Synagoge auch ihr Raumproblem gelöst werden kann.

Im 17. Jahrhundert siedelten sich die ersten Juden in Potsdam an. In der Chronik werden sie „Schutzjuden“ genannt. Das heißt, sie hatten einen Schutzbrief erhalten, der sie vor Verfolgungen und Drangsalierungen schützen sollte. Dieser Schutzbrief musste für viel Geld erkaufte werden.



Im 18. Jahrhundert berichtet dann die Chronik von einer jüdischen Gemeinde in Potsdam. Es ist die Zeit, in der Friedrich II. regiert. Sie durften zwar in Potsdam wohnen und Handel treiben, hatten aber kein Recht auf eigenen Grundbesitz und hatten „kein Recht zum Beten“, was soviel hieß, sie durften keine Synagoge oder einen eigenen Betraum besitzen. Erst 1743

konnten sie auf dem Judenberg (Pfungstberg) ein Stück Land erwerben und dort einen Friedhof anlegen. 1767 wurde dann die erste Synagoge, noch recht klein, errichtet. Da die Gemeinde anwuchs, entstand nach Um- und Anbauten 1903 die neue Synagoge, die am heutigen Platz der Einheit stand, 1938 geschändet und 1945 beim Bombenangriff auf Potsdam

zerstört wurde. Im Laufe der Geschichte gab es dann viele jüdische Persönlichkeiten aus Potsdam oder die mit der Stadt in Verbindung standen, die in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und im Kulturleben einen bekannten Namen hatten. In der Zeit der Naziherrschaft in Deutschland endeten dann auch Leben und Bestand der jüdischen Gemeinde in Potsdam.

Seit 1991 gibt es wieder eine neue jüdische Gemeinde in unserer Stadt. Sie besteht im Wesentlichen aus Juden, die aus Russland und anderen Staaten der ehemaligen UdSSR nach Deutschland gekommen sind. Der KIBuZ hat nun die nicht leichte Aufgabe übernommen, die drei Kulturkreise – den jüdischen, den russischen und den deutschen Kreis – miteinander zu integrieren. Es gibt eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften, Ensembles, Sportgruppen und Lehrgänge, wie der zum Erlernen der deutschen Sprache. Verbindungen zu Schulen, wie zur Voltaireschule und zu Literaturgruppen wurden geknüpft. So gibt es eine gute Zusammenarbeit mit dem Literaturkollegium Brandenburg e.V. und dem Literaturclub für Behinderte. Mit dem letzteren konnte eine gemeinsame Anthologie herausgegeben werden.

Wahlspruch der Mitarbeiter des KIBuZ ist: „Hier leben neben- und miteinander die jüdische, die russische und die deutsche Kultur. Kommen Sie zu uns, und Sie werden hier Freunde finden.“

K. Kreutz

Was ist ein Krimi gegen dieses Wahnsinnsspiel?

Turbine Potsdam – eine Saison der Superlative/ Spanische Impressionen von Rolf Kutzmutz

Ich war dabei – dieser Satz geht mir nicht aus dem Kopf, obwohl ich doch sonst Sätze, die mit „ich“ beginnen, eher meide.

Und doch ist genau dieser Satz die beste Zusammenfassung des Erlebten.

Ein Platz auf der Ehrentribüne im Stadion des spanischen Erstligisten FC Getafe und dann während des nicht enden wollenden Spiels nur einmal kurz gesessen – wer glaubt mir das schon?

Aber es war so!

Eine Ehrentribüne ist eigentlich ein Ort, an dem es eher ruhig (um nicht zu sagen: gemächlich) zugeht. Deshalb auch die Blicke, die mich von verschiedener Seite trafen, als ich, haareraufend das eine oder andere nicht druckreife Wort in den spanischen Nachthimmel brüllte – einfach, weil es raus musste.

Dann wieder die kleine Verpflichtung, für die Hörer von Hitradio Babelsberg kurze telefonische Berichte zu geben...

Nach einer Stunde Spielzeit hätten wir in Führung gehen müssen; kurz vor Schluss der regulären 90 Minuten trifft Anja (der ich so sehr ein Tor gewünscht habe) den Pfosten. In der spannenden Verlängerung vereitelt die französische Torhüterin gegen Isabel Kerschowski die beste Chance.

Dann erneutes Durchatmen, hoffen – grenzenlose Enttäuschung: nur einen von zwei Elfmeter musste Olympique

Lyon noch verwandeln, um Sieger zu werden.

Vor Aufregung finde ich im Sucher der Kamera, die mir ein Betreuer in die Hand gedrückt hat, um die Elfmeter später auswerten zu können, das Tor nicht. Den Aufschrei der Potsdamer Fans, die nur wenige Meter von mir entfernt ein Stück weiter unten sitzen, höre ich. Und ich sehe „Felix“ auf dem Rasen sitzen, die Hand zur Faust geballt. Und ich weiss, sie hat das Ding gehalten.

Im Mittelkreis stehen die Spielerinnen. Die Frage, wer übernimmt die Verantwortung und schießt – wer also lässt uns die Minichance in der Hand halten. Yuki meldet sich und schießt uns zum ersten Mal in Führung. Lira, Felix und Bianca halten die Führung, in dem sie jeweils sich-er verwandeln.

Thomis tritt an und schießt den Ball an die Latte.

Turbine siegt mit 7:6 im Elfmeterschießen – nur noch grenzenloser Jubel. Wer auch immer

in meiner Nähe ist, muss sich die Umarmung gefallen lassen.

Alle Anspannung ist weg – nur noch Freude – ein unbeschreibliches Glücksgefühl, das ich immer wieder mit anderen teilen will.

Und: die große Dankbarkeit gegenüber den Spielerinnen, die es mir mit ihrer Saison der Superlative ermöglicht haben, überhaupt so etwas zu erleben und dass ich sagen kann: Ich war dabei.



Heim in idyllischer Lage

Elgersburg – vom Heim der Roten Hilfe zum Hotel „Am Wald“

Viele Genossen aus Potsdam und dem Land Brandenburg haben, häufig begleitet von unserem Genossen Prof. Dr. Klett, schöne Tage im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg verbracht.

Jetzt hat der Berliner Historiker Dr. Gerd Kaiser in enger Zusammenarbeit mit Thüringer Genossen, die sich seit vielen Jahren mit der Geschichte des Kinderheimes beschäftigen, eine Veröffentlichung herausgebracht.

Mitte 1924 regte das ZK der Internationalen Roten Hilfe in Moskau an, ein Heim für Kinder politisch Verfolgter aus verschiedenen Ländern möglichst in Deutschland einzurichten. Die Rote Hilfe in Deutschland (RHD) rief ihre Bezirksorganisationen auf, nach einem Haus zu suchen, dessen Grundvoraussetzung eine „idyllische Lage“ sei, damit sich die

Kinder in freier Natur erholen können.

Gefunden wurde das Haus in Elgersburg, mit Spendenmitteln finanziert und am 12. April 1925 eröffnet. Dieser Tag wird übrigens seit vielen Jahren als Tag der Begegnung begangen.

Bis 1931 konnte sich eine große Anzahl von Kindern politisch Verfolgter aus Deutschland, Österreich und Bulgarien jeweils mehrere Wochen unter idealen Bedingungen erholen.

1933 eigneten sich die Faschisten das Haus an und richteten im Heim eine „Führerschule“ der Hitlerjugend ein. Danach zogen ein privates Kinderheim und schließlich bis 1945 ein Heim der „Kriegsmarine-Stiftung Ostsee“ ein.

Zwischen 1946 und 1955 konnten sich im Heim auf Initiative des ehemaligen ersten General-

sekretärs der RHD, Jakob Schloer, im Rahmen der Volkssolidarität bedürftige Kinder erholen. Zwischen 1949 und 1989 verlor das Haus zunehmend seine Funktion als Kinderheim und wurde zur Erholungsstätte für einen bevorzugten Kreis von SED-Funktionären.

Im Vergleich zwischen dem Parteivorstand und der Treuhandanstalt 1995 zu den Vermögensfragen der PDS wurde das Haus der PDS zugesprochen. Da die Partei keine wirtschaftlichen Einrichtungen führen darf, zudem eine erhebliche Summe für Rekonstruktionsmaßnahmen nötig war, wurde beschlossen, das Haus in ein Hotel umzuwandeln und die „Hotel Am Wald GmbH“ zu gründen. 1998 wurde das für jedermann zugängliche Hotel eröffnet, empfängt seitdem in freundlicher At-

mosphäre seine Gäste, und die Gastgeber fühlen sich den Traditionen des Hauses verbunden.

Die Geschichte des Elgersburger Hauses ist jedoch nur ein, wenn auch der größere, Teil der Publikation. In einem sehr eindrucksvollen Kapitel mit der Überschrift „Zärtlichkeit der Völker – Internationale Kinderheime“ beschreibt Gerd Kaiser andere Kinderheime der RHD und der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland und in der Sowjetunion. Besonders beeindruckend sind die Abschnitte über die Heime in der Sowjetunion, in denen er tragische Schicksale von deutschen Kindern und deren Eltern in der Emigration schildert.

Insgesamt ist uns eine äußerst interessante, lesenswerte Veröffentlichung in die Hand gegeben.

Dr. Gerlinde Grah

Gerd Kaiser:
Heim in idyllischer Lage.
Vom Kinderheim der Roten Hilfe
in Elgersburg zum
Hotel „Am Wald“.
Karl Dietz Verlag Berlin 2010.

Unser aktuelles Bilderrätsel:

Was braucht Potsdam?

Das ist die Frage, deren Antwort wir in unserem Bilderrätsel quasi „versteckt“ haben. Finden Sie die richtige Lösung. Und dann sofort bis zum 21. Juni 2010 abschicken an: DIE LINKE.Potsdam, Kreisvorstand Potsdam, Alleestraße 3 in 14469 Potsdam – Kennwort Bilderrätsel.



Für die ersten fünf richtigen Lösungen gibt es jeweils drei Freilosse für die große Tombola zum Sommerfest 2010 der LINKEN am 21. August 2010 auf dem neuen Lustgarten. Viel Spaß beim Raten.

Exkurs nach Gambia – lebendige Solidarität

Für zwei Stunden entführte Marianne Kypke (Foto), Mitglied des KV DIE LINKE, am 11. Mai 2010 die Gäste des Seniorenklubs im Haus der LINKEN in das kleinste und auch ärmste afrikanische Land, nach Gambia.

Gambia findet man auf der Landkarte im Westen Afrikas. Es misst 11245 km², was etwa der Größe des Landes Brandenburg entspricht. In diesem Land, das durch den Gambia River in eine nördliche und südliche Hälfte geteilt wird, leben ca. 1,6 Millionen Angehörige verschiedener Stämme.

Vom Bildungsstand gesehen, hat Gambia noch starken Aufholbedarf. Nur 40,1 % der Bevölkerung kann lesen und schreiben. In der Bildung wie auch in anderen sozialen Bezügen gibt es von den Landesteilen her gesehen große Unterschiede. So ist der Landesteil südlich des Gambia-Rivers deutlich entwickelter als der Norden, die Nordbank.

Lernen in der Schule kostet Geld. Nur der kann lernen und sich bilden, der das notwendige Geld dazu hat. Auch hier sind die Unterschiede zwischen dem Süden und der Nordbank gravierend.

Was führte nun Marianne Kypke nach Gambia? Im Grunde war es der Solidaritätsgedanke, mit dem sie schon aufwuchs. Sich für die sozialen Verhältnisse in Afrika interessierend, stieß sie auf den Verein „Malaria- und Schülerhilfe Gambia e.V. – Für Kinder in Afrika“. Dieser Verein unterscheidet sich von manch anderen dadurch, dass hier alle Spenden, ob Geld- oder Sachspenden, bei den Bedürftigen wirklich ankommen und nicht zu Teilen in die Verwaltung und anderes fließen.

Wie kann nun der Einzelne helfen? Vor allem dadurch, dass er eine Patenschaft für ein Kind übernimmt. Mit einem Jahresbeitrag von 50,- Euro ermöglicht



man dem „Patenkind“ den Schulbesuch bis zur sechsten Klasse. Es erhält dazu kostenlos die Schulkleidung und ein tägliches warmes Essen. Geld, das übrig bleibt, kommt der Familie des Patenkindes als Notfallhilfe zugute. Das Geld geht direkt an die Schule des Kindes. Es besteht

die Möglichkeit, sich ein Patenkind auszuwählen, mit dem man auf jeden Fall postalisch in Verbindung bleibt. Marianne Kypke besucht zum Beispiel ihre Patenkinder auf der Nordbank, wenn sie sich in Gambia aufhält, und pflegt auch die Verbindungen zu den Familien.

Von den Spendengeldern, die beim Verein einkommen, werden zum Beispiel auch Brunnen gebohrt, um die Wasserversorgung zu verbessern. Vier Schulen und eine Notfallapotheke betreut der Verein und hat es erreicht, dass in dem Gebiet, das er betreut, kein Kind an Malaria gestorben ist. Es ist natürlich für die Kinder zum Vorteil, wenn sie einen ganzen Lebensabschnitt von ihrem Paten begleitet werden, also bis zur 6. Klasse und nach Möglichkeit auch darüber hinaus.

Was nicht immer der Fall ist, dass es unter den Besuchern des Seniorenklubs auch nach offiziellem Schluss noch einen angelegten Gedankenaustausch zum Thema gibt, war diesmal der Fall. Übrigens, auch ein Zeichen von verstandener Solidarität: In die kleine Spendendose waren 43,- Euro gesteckt worden.

Karl Kreutz

Volkssolidarität hilft Jung und Alt in der Not

Wenn in Gesprächen – im Bekanntenkreis – wo auch immer – der Name – der Begriff – Volkssolidarität fällt, gibt es leider immer noch Bürger, die mit diesem Wohlfahrtsverband eine Gruppe Kaffeetrinkender, Kuchenessender und plaudernder Älterer und alter Menschen verbinden. Aber weit gefehlt – diese Vorstellung ist auch in jüngster Vergangenheit nur zum geringen Teil richtig. Begeht die Volkssolidarität in diesem Jahr ihr 65-jähriges Bestehen, ist das wohl der beste Beweis, dass dieser Wohlfahrtsverband eine positive Entwicklung durchlaufen hat, sie einen

Stand erreicht hat, auf den man stolz sein kann.

Unter dem Motto „Miteinander – füreinander“ können wir heute auf 28 Ortsgruppen hinweisen, in denen viele Bürger unserer Stadt ihre soziale und kulturelle Heimstatt gefunden haben.

Die Sozialstation, die ein ganz besonders wichtiger Bestandteil unseres Verbandes ist, erfüllt eine große Aufgabe, sie hilft, wo immer sie gebraucht wird. Sei es eine Behandlungspflege, häusliche Kranken- und Altenpflege, soziale Beratung, Hilfe im Haushalt jeglicher Art – um nur einen kleinen Teil des ge-

samten Spektrums zu nennen.

Die einzelnen Ortsgruppen, die für das Leben unserer Mitglieder von großer Bedeutung sind, bereichern das kulturelle und soziale Leben in der Volkssolidarität. Zu dem großen Aufgabenbereich der Volkssolidarität gehören auch die Hilfe von Menschen in Not, die sozialen Projekte, die sie ins Leben gerufen hat – eine gelebte Solidarität. Sie unterstützt den Aufbau des Kinderdorfes für behinderte Waisen in Gomel, die noch immer an den Auswirkungen der Strahlenschäden leiden.

Neben Hilfe für Kinder aus sozial schwachen Familien möchte

ich noch das soziale Zentrum der Volkssolidarität – die Suppenküche – nennen, in der täglich 30–50 Gäste versorgt werden können. Dieses Zentrum feierte am 27.09.2007 bereits sein 10-jähriges Bestehen, bildet einen festen Bestandteil der gemeinnützigen Arbeit des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes.

Ich bin seit 50 Jahren Mitglied der Volkssolidarität und eine von über 300 ehrenamtlichen Helfern der Volkssolidarität, welche 2009 über 35 000 Stunden ehrenamtliche Arbeit in der Stadt Potsdam leisteten.

Rosemarie Kummerehl

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 01.06.2010, 14.30 Uhr: „Senioren lesen für Senioren“. Mitglieder der Gruppe „Zeitzeugen“ beim Seniorenbeirat Potsdam lesen Geschichten, Gedichte und Anekdoten aus eigener Feder. Unter dem Titel „Ich fang für euch den Sonnenschein“ erzählen sie heitere und nachdenkliche Geschichten aus unserem Leben. *Dahlweid

Montag, 07.06.2010, 14.30 Uhr: „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht: Südkorea – Land der hohen Schönheit“. Eine abenteuerliche Reise mit Eva Gretsch

in das Land der hohen Schönheit. *Dahlweid

Mittwoch, 09.06.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Mittwoch, 09.06.2010, 18.00 Uhr: „Mein Leben mit der Kunst“. Karl Späth, Diplombildhauer, erzählt aus seinem Leben und seiner Studienzeit. **NFS

Dienstag, 15.06.2010, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag – wir

begrüßen den Sommer“. Musikalischer Rätselnachmittag zum Sommeranfang mit Manfred Bischoff. *Dahlweid

Dienstag, 15.06.2010, 18.00 Uhr: „Die sandinistische Volksrevolution im Licht der Veränderungen in Lateinamerika“. Gesprächsrunde mit Wolfgang Herrmann, Lateinamerikaexperte. **NFS

Montag, 21.06.2010, 14.30 Uhr: „Von der Schwäbische Alb bis an den Rhein“. Eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz. *Dahlweid

Donnerstag, 24.06.2010, 18.00 Uhr: „Der gelbe Fleck“. Die Schriftstellerin Rosemarie Schuder liest aus dem Buch, dessen Mitautorin sie ist. **NFS

Dienstag, 22.06.2010, 14.30 Uhr: „Für soziale Gerechtigkeit handeln“. Dr. Herbert Schlomm diskutiert mit der Stadtverordneten Jana Schulze, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, über soziale Sicherstellung, Rentenangleichung und Gesundheitspolitik. *Dahlweid

Mittwoch, 23.06.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Dienstag, 29.06.2010, 14.30 Uhr: „Koh Samui – Beginn oder Ende des Paradieses?“. Eine interessante Reise mit Pete Heuer, SVV, auf die thailändische Insel Koh Samui. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost
**NFS: Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Hessestr. 19, 14469 Potsdam